

1827/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pable
an die Frau Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz
betreffend Organspenden für behinderte Menschen
In der Zeitschrift "Bizeps" wird eine Aussage des Leiters der kinderpsychiatrischen
Abteilung am Rosenhügel wiedergegeben. Laut dessen Aussage sei es behinderten
Menschen fast unmöglich eine Organspende zu bekommen.
Weiters geht aus diesem Artikel hervor, daß diesbezüglich die Lage der
Behinderten durch gesetzliche Bestimmungen und den ärztlichen Alltag äußerst
problematisch ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für
Gesundheit und Konsumentenschutz nachstehende

ANFRAGE

- 1) Ist es richtig, daß es behinderten Menschen fast unmöglich ist, eine
Organspende zu bekommen?
Wenn ja, aus welchen Gründen?
- 2) Wieviele Menschen, einzeln aufgeschlüsselt nach Behinderten und
Nichtbehinderten, haben sich in den Jahren 1994, 1995 und 1996 um eine
Organspende bemüht?
- 3) Wieviele Menschen, wieder aufgeschlüsselt nach Behinderten und
Nichtbehinderten, haben sich in den Jahren 1994, 1995 und 1996 um eine
Organspende bemüht und keine bekommen?
- 4) Gibt es die medizinische Versorgung betreffende gesetzliche Bestimmungen,
durch die Behinderte schlechter gestellt sind als Nichtbehinderte?

Wenn ja, was werden Sie gegen diese offensichtliche Diskriminierung von
behinderten Menschen unternehmen und wann werden sie die nötigen Schritte
dafür setzen?

Wenn nein, wie erklären Sie die Tatsache, daß behinderte Menschen - was die
medizinische Versorgung angeht - schlechter gestellt sind als
Nichtbehinderte, welche Schritte werden Sie setzen um das zu ändern und
wann?